

May, zehn Jahre hindurch, als Hauptplatz erhalten wurden, findet sogar in dem Platte „Social-Demokraten“ die allerhöchste Anerkennung. Das wollen nicht hoffen, heißt es in dem Organ Brantings, daß sich derlei im Reich verliert, sich an einem von der Revolution geschwundenen Parteigänger, und noch dazu in einer so empfindlichen, schändlichen Weise. Es ist bedauerlich genug, daß solche Absichten von Paris als die höchsten der dort lebenden Leute in die ganze Welt hinaus telegraphiert werden. Ein ähnliches Bild für die Zukunft Europas kann kaum gemalt werden, als sich in dieser Stimmung bewährter Parteipolitiker ausdrückt.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Diebstahl, den 2. Dezember 1918.

Planerhöhung des Arbeiterrates

am 8. Dezember, vorm. 9½ Uhr.

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden des Volksrats, Herr Dr. Scheller, eröffnet, der zu der Tagesordnung: „Unser politisches Lage und was bedeutet sie zu tun im Arbeiter- und Soldatenrat“ näher ausführt. Angesichts der Befragung liegt es sich, ob der Rat eine politische Tätigkeit einleiten soll oder nicht. Er glaube, daß so lange er da war, er seine Pflicht gegenüber der Bevölkerung und der Allgemeinheit erfüllt habe. Unter politischem Leben sei das Bestehen, Deutschland wieder in geordnete Bahnen zu bringen und durch die Nationalversammlung die Gesetze in die Hand zu nehmen. Um den Ausbau vornehmen zu können, müsse sich jedes einzelne Volksglied reiflich beteiligen. Wie weit das hier in Betracht kommen werde, werde von dem Befragungsbefragten abhängen. Er persönlich sei der Auffassung, daß der Arbeiterrat nicht halt machen dürfe, sondern verstanden müsse, seinen Willen durchzusetzen. Wenn er heute das Recht habe, könne er nur sagen, daß sich der Arbeiterrat nur leisten ließe von dem Interesse für die Allgemeinheit. Der Rat könne sich ruhig vor dem Volk hinsetzen und sagen: Für Euch und mit Euch haben wir gearbeitet. Wenn gefordert wird, die Nationalversammlung zu tun, so kann man sich nicht weigern, so seien die Gründe bekannt. Man wisse, in welcher Not sich Deutschland befindet. Besonders in Bezug auf die Ernährung sei die Lage so verfahren, daß man nicht so schnell wie möglich eingegriffen wird, eine Hungersnot drohe. Jeder freilich kann die verschiedenen Vorgänge, auseinanderzulegen, in Berlin, in Schlesien, in Bayern, der Rheinprovinz und in den französischen, wo man, trotz sich zusammenziehenden, auseinanderzulegen, heute ganz es das Erzeugnisse zu erhalten und zu erweitern. Doch das, was die Revolution verlangt, auch Wahrheit wird, darüber werde die Sozialdemokratie wachen und es nicht an die Mäße der Aufforderung, sie darin zu unterstützen. Man wisse nicht, wann man sich hier wiederhole. Aber man werde nur wissen, wenn man dazu gezwungen werde. Wenn die Entente das deutsche Volk ihre Faust fassen sollte, so sei das nicht recht. Das Volk als solches sei am Krieg schuldlos. Es sei bedauernswürdig, vorerst unter dem Namen Arbeiterrat weiter zu arbeiten. Wie man wisse, sollen Kontrollkommissionen geschaffen werden. Der Volksrat ist der Ansicht, daß man das nur könne, wenn im Magistrat 2 tätige Mitglieder vorhanden sind und außer dem Gemeinen Richter noch für ein weiteres Mitglied ein Sitz gesichert werde. Dafür sei keine Person (Herr Scheller) in Aussicht genommen. Ferner sei die Befragung der Verammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands befragt worden, die am 16. Dezember stattfinden. Dazu sei er (Redner) für den Rheingau aus diesem vorgeschlagen, wenn eine Beisitzung in Frage komme. Mit der Aufforderung, hinter der Revolution auch während der Befragung zu bleiben und die Männer zu verteidigen, die sich an die Spitze gestellt haben, schließt Redner seine Ausführungen. Es entspinnt sich dann eine längere Debatte über die künftige Namensführung des Arbeiterrates. Unter Ablehnung der vorgeschlagenen Bezeichnungen „Volksrat“ und „Mittelbauerschaft“ wird beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß der Soldatenrat aufgeführt ist, sich aber ein Bauratrat gebildet hat, künftig den Namen „Arbeiter- und Bauernrat“ zu führen. — Sodann wird folgende Entschlußfassung, die in der letzten Sitzung zurückgestellt wurde, einstimmig angenommen: „Der Arbeiter- und Bauernrat proklamiert entschieden gegen den Versuch, die Regierung (Rat der Volksbeauftragten) zu einem Organ des Volksrats auszuwählen, das Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zu machen. Die Regierung kann keineswegs der Diktatur des Rates einer einzelnen Stadt unterliegen. Sie muß Organ des gesamten Volkes sein und das Vertrauen der Volksmehrheit haben. Die Regierung hat vor allem einen baldigen Frieden herbeizuführen und alles zutun, um durch eine Nationalversammlung dem Willen des gesamten Volkes Ausdruck zu geben.“

Der Entschlußfassung eines zweiten Mitglied des Volksrates in der Person des Herrn Scheller in den Magistrat wird gleichfalls einstimmig zugestimmt. — Ferner erklärt sich die Verammlung damit einverstanden, daß für den Fall der Abordnung eines Delegierten nach Berlin Herr Scheller damit beauftragt wird. — Zu dem in letzter Sitzung berührten Kapitel „Mittelbauerschaft“ berichtet Herr Scheller, daß das Ausschreiben der Wählerliste wieder eingeführt wird. Ohne die Zentralisierung wäre es nicht gelungen, die verfassungsgemäße Revolution mit Witz zu versehen. Es gebe aber immer noch Landvolk, die deren Wert nicht erkannt haben. Die Mittelbauerschaft lasse nach. Dagegen sei jetzt nicht viel auszurufen, selbst nicht mit Stillsitzen. Man könne nur hoffen, daß der Bauer den Wert der Zeit voll erfährt und das Gebot der Stunde erkennt habe, seine Produktion der gesamten Bevölkerung zuzuführen. Wenn nach einer Rundschau der Reichsgetreidepreise die Kartoffelverfälschung in Frage gestellt ist und unsere Abrechnung herabgesetzt werden muß, so habe man alle Verantwortung, der Landwirtschaft zuzurufen, daß sie alles tut, um uns nicht dem vollständigen Zusammenbruch auszuliefern. Herr Ohligsmacher verbreitet sich über die Ursachen des Rückganges der Milchproduktion, die er in dem Fehlen des Kraftfutters sieht, das früher aus dem Ausland bezogen worden ist, ferner in dem Wegfall der früher in der Nähe der großen Städte befindlichen Abmelkstationen, in den großen Viehkrankheiten und der Wegnahme nicht schaffenden Viehs, in der Unmöglichkeit der Neuanschaffung und in den immer mehr steigenden Viehpreisen. Dabei hielt die Milchpreise mit den Erzeugnispreisen nicht Stand. Die Bauern in Weichsel hätten immer den Willen gehabt, die Milchproduktion hochzuhalten, wenn auch einige darunter gewesen seien, die ihren Gier nach Gütern nachgaben. Herr Kurand fragt, wer letzten Endes den Milchhandel hervorgerufen habe, nur die Bauern. Er hoffe, daß sie jetzt zur Einsicht kommen und daß dies ausreicht. Herr Ohligsmacher: Die Fälle, wo unredliche Handlungen vorgenommen worden sind, seien der Polizei zur weiteren Behandlung übergeben worden. Die Zentralisierung der Milchverfälschung habe die Stadt viel Geld gekostet und auch die Milch verteuert. Sie habe auch ihre Schwierigkeiten bezüglich der Haltbarkeit: früher war jeder Produzent dem Konsumenten gegenüber selbst verantwortlich, während er durch die Zentralisierung nicht mehr zu lassen ist infolge des Zusammenziehens. Bezüglich des Milchhandels sei nicht der Bauer der Urheber, sondern das konsumierende Publikum. Da niemand mit dem, was ihm zugewiesen wird, zufrieden sein kann, ist die Sache entstanden, bei dem Bauer anzuklopfen. Am Schluß des Vortrags wird der Bauer, dessen Stelle er auf beiden Seiten geliebt worden. Frau Scheller sagt, daß viel Vieh im Wege des Milchhandels verkauft worden ist, das sie hier in Weichsel vorgekommen. Bezüglich des Milchhandels gebe sie auch dem Publikum die Schuld. Der Bauer hat nicht gefordert, erst wenn die Leute anfangen haben, zu bitten, dann was etwas zu haben. In dieser Beziehung seien die Bauern gerechtfertigt. Herr Ohligsmacher: Das treffe speziell auf das Land zu. Solche Preise wie dort sind jedenfalls in Weichsel nicht erforderlich worden. Wenn hier unsere Bauern in der Zeit, als kein Kartoffeln da waren, einmal ein paar Pfund geerntet haben, in haben sie keinen großen Nutzen davon gehabt. Wenn sie sie hätten noch fester und ordentlich reil lassen, hätten sie mehr davon gehabt. Es geschah aber, um den barbaren Volk über die Not hinwegzubringen.

Herr König: Die Milchhandels bezüglich der Lebensmittelverteilung für die Weichsel seien ja schon etwas ge-

behalten, aber es bleibe noch mehr zu tun. Warum trennte man den Milch nicht vollständig ab? Beim Veredelung der Verkaufsumme es vor, daß Leute aus Weichsel nach der Weichsel und umgekehrt Leute von dort nach Weichsel kommen müßten. Die Warenverteilung hätte auch auf der Weichsel vorgenommen werden können. Bei der Verteilung der Milch in Weichsel habe die Weichsel auch nichts bekommen. Herr Dr. Krumm wünscht in solchen Fällen eine große Zahl Verkaufsstellen. Herr Stadtrat weist auf die mangelnde Reinigung einzelner Straßen hin. So hätten sich hinter dem Straßenbahn-Depot Abfallberge gebildet. Wenn das nicht geändert werde, würde nächstes Jahr die Typhusepidemie noch viel stärker auftreten. Herr Richter teilt bezüglich des Milchhandels mit, daß die Büchsen in Weichsel nur an Händler abgegeben wurden. Infolge dessen hat sie hier auch nur ein Einziger gehabt. Da der Verkauf nicht ordentlich geregelt war, hätten manche mehr Büchsen bekommen, andere gar keine. Der Wein habe man nicht allen Händlern geben können, da ein angebliches Geschäft verkauft werden müßte. Einzelne Händler hätten den Verkauf überhaupt abgelehnt. Herr Heuser nimmt in die Klagen wegen des Unrats auf den Straßen ein. Herr Krumm sagt, man brauche nur in seinen Hof zu gehen, wo sich der Unrat sammelt. Alle Beschwerden beim Bürgerweil bleiben unberücksichtigt. Hier wäre Gelegenheit für Ratgebungen. Herr Scheller verweist mit Bezug auf das Fehlen einzelner Mitglieder darauf, daß diese beim zweiten Schien gestrichen wurden. Herr König erwidert bezüglich des Milchhandels der Ansicht, daß doch eingegriffen hätte werden müssen, auch wenn es sich um eine Privatangelegenheit, um die der allgemeinen Volksernährung zuzuführen. Herr Scheller: Bezüglich des Verkaufs von Weichsel ist der Volksrat vorteilhaft geworden. Eine Änderung ist nicht von heute auf morgen zu erwarten, werde aber vielleicht schon in ganz kurzer Zeit erfolgen. Was die Milchhandels anbetrafte, so will sie der Bürgerverein nicht aus den Händen geben. Persönlich stehe er auf dem Standpunkt, daß derartige Einrichtungen verabschiedet werden müssen. (Zuruf: Sehr richtig!) Es werde vielleicht in der nächsten Sitzung ein Antrag an den Magistrat erfolgen. Vor den Klagen dürfe man sich nicht scheuen. Wir müßten aber zugeben, daß es an Weichsel und an Menschen gefehlt hat. Das werde wohl so schnell als möglich geändert werden, da wir ein großes Heer von Arbeitlosen haben. Die Stadt müßte sich Pferde und Wagen dafür kaufen. Dabei sei aber die Schwierigkeit der Herbeischaffung von Futter in Betracht zu ziehen. Auf den Weichsel des Schuttabladeins wird der Leiter des Sicherheitsdienstes aufmerksam gemacht worden. Was das Milchgeschäft anbetrafte, so habe der betreffende Händler versucht, auch für die Stadt solche zu erlangen, man habe aber an Weichsel nichts abgeben wollen. Wenn eine solche Schlagbaumpolitik müßte protestiert werden. So habe sich ein Rat auch nicht dazu verstehen wollen, daß die wirtschaftlich zu Weichsel gehörenden Fabriken in Weichsel dem Weichsel Arbeiter unterstellt würden. Der Verkauf von Weichsel sei wenigstens einmündigen richtig gehandhabt worden. Wenn es zu treffe, daß einzelne Familien zu viel bekommen hätten, müßten sie zurückgeholt werden. Herr Richter: Es sei ein Fehler gewesen, daß auch auf Weichsel solche abgegeben worden seien. Auf eine Anfrage des Herrn Heuser teilt Herr Scheller mit, daß die Büchsen im Einkauf 3.60 Mark gekostet habe und für 4 Mark verkauft worden ist, was allgemein von der Bevölkerung nicht brandstet wird. Eine Anfrage des Herrn König, warum für das Abholen der Kartoffeln hier nur 25 Pf. entschädigt würden, dagegen in Weichsel 1 Mark, erledigt sich durch die Ausführungen des Herrn Scheller, wonach unsere Kartoffelpreise vom Kommunalverband festgesetzt worden seien, und daß die Stadt die 25 Pf. verleierte, während der Kommunalverband ein gutes Geschäft dabei machte. Herr Ohligsmacher sagt bezüglich der Milchhandels, daß vor dem Krieg keine Klagen gekommen seien. Nebenfalls werde die Stadt teurer arbeiten als der Weichsel. Wenn dieser die Arbeiter früher nach ortsüblichen Preisen habe ausführen wollen, hätte er schweres Geld zugehen müssen. Nachdem Johann nach an dem Preis der jetzt zum Verkauf gelangenden Kefel, die durch aus minderwertig seien, Kritik geübt worden ist, fragt Herr Weigel wegen des Dienstes der Hilfspolizei. Er habe einen solchen Mann auf den Umzug von Kindern mit Patronen ausgemacht, der habe ihn nicht unterfüllt, mit dem Hinweis, daß er keinen Dienst habe, obwohl er eine Wunde um den Arm trug. Redner macht besonders darauf aufmerksam, daß die Eltern die Tücher ihrer Kinder nach solchen Patronen revidieren sollen, ehe ein Unfall geschieht. Herr Scheller erwidert, daß der Mann verpflichtet gewesen wäre einzugreifen, auch wenn er keinen Dienst hätte. Die Sache werde bei der Sicherheitspolizei zur Sprache kommen. In gleichem Sinne äußert sich hierzu Herr Wehl. Herr Heuser bringt einen Fall von Bedrohung wegen Aufhebung einer Schwarzwildschütz zur Sprache. In solchen Fällen soll den Mitgliedern unbedingter Schutz gewährt werden.

Herr Scheller teilt sodann mit, daß Montag nachmittag die Erwerbslosen-Versammlung zur Beratung stehe. Er bitte, dem Volksratsschluß darin freie Hand zu lassen. Man habe sich die Sache von Mainz, Wiesbaden und Frankfurt verhandelt und werde das beste herausnehmen. (Es erfolgt kein Widerspruch.) Das Arbeitsamt solle als Kontrollinstanz erklärt werden. Es sollen Sätze geschaffen werden, die den Familienvater in die Lage setzen, mit seiner Familie wenigstens über Wasser zu bleiben. Auf eine Anfrage bezüglich der noch vorhandenen militärischen Beileidungsstücke erklärt der Herr Hübmann und Scheller eingehend die Umstände der Befassung. Das noch vorhandene werde die Stadt verkaufen nach Prüfung der Bedürftigkeit, die allerdings jetzt sehr schwer sei. — Zum Schluß bittet Herr Scheller die Mitglieder, zusammenzukommen, ganz besonders während der Zeit der Befassung, und auf die Befassung dahin einzurufen, daß sie weiß, was sie dem deutschen Namen und der deutschen Ehre schuldig ist.

Die von der Deutschen demokratischen Partei am Samstagabend im Saale des Hotels „Zur Schönen Aussicht“ veranstaltete öffentliche Versammlung war von Frauen und Männern aus allen Kreisen der Einwohnerschaft zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Herr Oberingenieur Rütch, hielt die Eröffnungsrede, die er nach dem Bericht über die letzten Zusammenkünfte, der sich, wie die zahlreichen Eintrittserklärungen zeigen, als richtig erwiesen habe, was eine gute Vorbereitung sein möge für die vollständige Sammlung aller Demokraten. Er erwiderte dann Herrn Stadtratspräsidenten Ehlers von der Frankfurter Parteigruppe das Wort zu seinem Vortrag über „Die Aufgaben im neuen Deutschland“. Der Redner kennzeichnete zunächst die durch den Krieg und den Zusammenbruch sowie die Umwälzung für Deutschland geschaffene Lage. Diejenigen, die die Umwälzung vollzogen haben, seien die Sozialdemokraten gewesen; sie waren darauf vorbereitet, aber unter Bürgertum habe nichts dagelassen, weil es nie genommen habe, was unter Volk erstlich bewegte, die sich politisch betätigten. Dann unterliefte er die Ursachen, die diesen Krieg herbeigeführt haben. Unter diesen bezeichnete er u. a., daß mit der Umwälzung Deutschlands vom Kaiser zum Industriestaat und seiner Stellung auf dem Weltmarkt, die uns wirtschaftliche Feinde schuf, unsere Politik nicht den gleichen Stand hielt, da bei der Befragung unsere Auslandsvertretungen nicht die Fähigkeiten, sondern die Vorfälle der Geburt ausschlaggebend waren. Ferner habe die Zusammenfassung unserer Parlamente in keiner Weise den Erwerbsverhältnissen der Bevölkerung entsprochen. Schuld waren ferner die bei jeder Gelegenheit gebrauchten herausfordernden Reden, die die anderen Völker verletzten und beunruhigten mußten, die unrichtige Orientierung unserer Bündnispolitik, unsere Stellungnahme bei verschiedenen Gelegenheiten — Burenkrieg, Marokko, Algerien-Konferenz — alles dies habe eine Atmosphäre geschaffen, bei der ein Funke, wie der Wurm von Scaramo, genügt, um die Explosion herbeizuführen und den Weltkrieg zu entfesseln. Die Gelegenheiten, Ernst mit unseren Feindesabsichten zu machen, seien verflumt worden, wie z. B. nach dem Zusammenbruch Ostlands. Der Militarismus habe unter Volk regiert. Ein einzelner Mann, ein glänzender Soldat, machte sich an, man habe die Politik in die Hand zu nehmen, um vielleicht die Hälfte der Welt seinem Kaiser zu Füßen legen zu können. Da man der Zusammenbruch und im Gefolge die Revolution. Nun soll die Frage, was sollen wir tun? Darauf muß der Ruf erfolgen: Bürger heraus, Männer und Frauen, tut Quere Mühe. Es gilt die Mitarbeit an dem Aufbau unseres Staatswesens, damit keine Revolution entsteht, die zum Chaos führen würde. Das erste ist: Ordnung schaffen und Arbeit schaffen. Wir müssen zu weiter arbeiten, wie das bisher geschah, jeder muß sich mitverantwortlich

fühlen und wissen, daß es sich sein eigenes Grab gräbt, wenn es glaubt, sich gehörig einreden zu müssen, während andere hungern. Was den Aufbau des Staates anlangt, müssen wir uns auf den Boden der vollständigen Teilhabe stellen und selbst mitarbeiten, froh, daß die Hälfte des Bürgerstandes dazu ist, daß wir einen freien Volksstaat schaffen können. Das ist nur möglich, wenn wir recht bald die Konstitution, die Nationalversammlung bekommen, nur so ist es möglich, bald Frieden zu schließen zu können. Wir wollen einen demokratischen Staat, in dem jeder sich frei betätigen kann, in dem die Gesamtinteressen eines Volkes und Vaterlandes geschützt werden. Dazu gehört ein Programm, ein politisches, ein soziales und ein wirtschaftliches. Die neue demokratische Partei steht sozialpolitisch auf dem gleichen Boden wie die alte Sozialdemokratie. Sie fordert eine demokratische Republik, eine Republik, in der auch die Individualität etwas zu sagen hat, in dem alle Stände entsprechend ihrer Bedeutung vertreten sind, in der alle mitarbeiten können, in der vor allem das Wort zur Wirklichkeit wird: Dem Tüchtigen freie Bahn. Ferner, daß jeder sich in Bezug auf die Religion frei betätigen kann. Die Kosten müssen auf alle Schultern gerecht verteilt werden unter weitgehender Herabsetzung des Besseren. Andere Steuern, die die unteren Schichten drücken, müssen von der Hand genommen werden. Die Kriegsgewinne würden zum größten Teil dem Gesamtvolk zugewandt werden müssen. Die Zusammenfassung unserer Körperpolizei muß eine andere, die Regierung muß aus den Besten unseres Volkes zusammengesetzt werden. Zu unserer Auslandsvertretung müssen Industrie und Handel herangezogen werden, die wissen, was uns nützt. Auf sozialem Gebiet werden die Kranken-, Alters- und Invaliden- und Unfallversicherung ganz anders ausgebaut und Schutzeinrichtungen geschaffen werden müssen, wie z. B. bezug der Frauen- u. Kinderarbeit. Vor allen Dingen muß gefordert werden für die Invaliden, die Kriegesopfer, die Frauen und Waisen der Gefallenen. Das System der Militärpensionen muß entsprechend der früheren wirtschaftlichen Stellung (unter Festlegung einer Höchstgrenze) geändert werden. In wirtschaftlicher Beziehung kann die Partei mit der alten Sozialdemokratie gehen, die nur diejenigen Betriebe verstaatlichen will, die dazu reif sind, vor allen allen Dingen müßten die Bodenschätze, wie Kohlen, Eisen, Stahl, der Allgemeinheit zu Gute kommen. Er möchte aber darauf warnen, alles verstaatlichen zu wollen und dadurch die Industrie zu legen. Um uns wirtschaftlich frei entfalten zu können, brauchen man die Privatwirtschaft, nur darin könne sich der gesunde Egoismus, der Gemeinnützigkeit will und schaffen muß, wenn sie erstensfähig bleiben will, bestehen. Daneben dürfe aber das weite reichende Gebiet der kulturellen Fragen nicht vergessen werden. Dazu gehört die Bildung und Erziehung unserer Jugend. Wir brauchen eine Volks- oder Bürgerkunde, die großes zu leisten vermag. Das sei nur möglich, wenn wir die langgeforderte Einheitschule erhalten. Wir müssen mehr Gemeinnut in unser Volk bekommen. Neben der Einheitschule seien auf ausgestaltete Fortbildungs- und Fachschulen zu fordern. Mehr Bürgerkunde, aber keine Politik in die Schule. Allen Schülern, ob arm oder reich, muß Gelegenheit gegeben werden, weiter hinaus zu streben, von der Volks- zur Mittel- und höheren Schule und zum akademischen Studium. Es sei eine ungeheure Fülle von Aufgaben, die zu erfüllen seien, und dazu rufe er alle zu: Mitarbeit, damit es gelinge, aus der Tiefe herauszukommen, der Sonne einer besseren Zeit entgegen. Nachdem Herr Rütch im Namen der Partei und der Anwesenden dem Redner für seine schönen Ausführungen gedankt, ergab in der folgenden Aussprache Herr Oberingenieur Scheller das Wort. Er verbreitete sich insbesondere über unsere falsche Bündnispolitik in den letzten 25 Jahren und über den Jökelschmerz, womit wir uns schließlich mit der ganzen Welt verfeindet haben. Dann gibt er seiner Freude über die Einigung der liberalen Parteien Ausdruck unter besonderer Hervorhebung des Standpunktes der selbständigen nationalliberalen Partei. Er schließt mit den Worten: Einig aus Wert, Deutschland geht nicht zu Grunde. Herr Rütch betont, daß der Zusammenbruch aus der Richtung zu berufen sei, daß aber das Programm in seinem Hauptpunkt geändert werden dürfe. Herr Scheller hebt das Gemeinliche in dem Programm der demokratischen Partei und der Sozialdemokratie hervor. Man werde und müsse sich zusammenfinden. Er habe keine Angst, daß das nicht gelinge. Die Nationalversammlung müsse so schnell wie möglich herbeigeführt werden. Er habe insbesondere sein Einverständnis mit den Ausführungen des Hauptredners bezüglich der kulturellen Fragen hervor, spricht sich gegen eine Verwässerung des Programms aus und ruft alle bestenden Volksgenossen zur Mitarbeit an dem Aufbau unseres Staates auf. An der weiteren Aussprache beteiligten sich noch Herr Rütch, der die Mitarbeit der Sozialdemokratie an dem großen Werke begrüßt, Herr Hehrer Müller, der die Forderung der Einheitschule als eine alte Forderung der fortschrittlichen Volkspartei und eines großen Teils der Mehrerschaft betont, Herr Ehlers, der sich gegen den Eintritt von Weichsel vermahnt, die für das alte System noch zu sehr belastet sind, und ein klares Programm fordert, Herr Dir. Sommer, der eine Anfrage bezüglich des unwirtschaftlichen Geschäftes über Annulierung der Kriegsanleihe eingehend widerlegt, und Herr Scheller, der betont, daß auch seine Partei nicht an die Annulierung der Kriegsanleihe denke. In seinem Schlußwort betont Herr Rütch, daß nach den gehörten Ausführungen das Feld frei sei für eine gemeinsame große Arbeit. Es gelte insbesondere noch, für die Aufführung der Frauen und der Jugendlichen zu wirken. Er schließt um etwa 11 Uhr die Versammlung mit der Aufforderung zur Mitarbeit an jeder, der ein Interesse am Wohle des Vaterlandes hat.

* Auf die heutige Bekanntmachung betreffend Gaspreise und Polizeikunde sei besonders hingewiesen.
* Wir verweisen auf die heutige Bekanntmachung betr. Einführung der französischen Zeit im besetzten (linksrheinischen) Gebiet.

Diejenigen Mannschaften, die ihre Entlassungen, und ihre Weichselverhältnisse noch nicht erhalten haben, können sich beim Kontrollamt in Wiesbaden, Bettramsstraße 3, melden, wo die Auszahlung erfolgt.

Der Unterricht der neuen Schule an der Kaiser Ludwigstraße beginnt wieder am Donnerstag vormittag 8.20 Uhr. An demselben Tage beginnt in dem neuen Schulgebäude (nach dem bekannten Stundenplan) auch der Fortbildungsschulunterricht (einschl. der Fortbildungsaufträge).

Ab der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht Bekanntmachungen der Reichsbefreiungsstelle über eine Erweiterung der Freiliste, in die u. a. Strümpfe und Socken aufgenommen worden sind, und über die Aufhebung der Beschlagnahme der Gaskriegswaffen.

Ab von vielen Seiten werden heunruhigende Nachrichten über das Festhalten der Jahrgänge 96-99 beim Heere laut. Man teilt das Kriegsministerium folgendes mit: Die Zurückhaltung der Jahrgänge 96-99 dient lediglich den Bedürfnissen der Heeresangelegenheit. Die Entlassung der Jahrgänge 96-97 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Sie sollen keinen Tag länger gehalten werden, als der Gang der Demobilisierung, besonders auch die Abwehrüberwindung der Gaskriegswaffen, es erfordert. Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrganges 96 Anfang Januar begonnen wird und auch die Entlassung des Jahrganges 97 noch im Januar beginnen kann. Ueber die Jahrgänge 98 und 99 wird die Regierung dann befinden.

Staatsrat Heim- und Klebstoffverfälschung. Wichtig für die Heim- und Klebstoffverbrauchenden Gemeinde. Die Vernehmung des Staatsrats zu 2. Vernehmungsbildung Januar, Februar, März 1919 hat bis spätestens den 15. Dezember des Jahres abgeschlossen. Die erforderlichen Vorarbeiten sind deshalb schließlich bei den bekannten Stellen, für den Landkreis Wiesbaden und den Unteramtsbereich bei den Vertrauensmännern, für Wiesbaden und Umgebung bei der Ortsstelle Wiesbaden, Weichselstraße 21, anzufordern, wobei dieselben genau und deutlich ausgefüllt mit den erforderlichen Gebühren zurückzugeben sind. Mit der Weichsel des zuständigen Vertrauensmannes zu weit entfernt, dann wende man sich unmittelbar an die Ortsstelle in Wiesbaden.

Achtung Eltern! Seit dem Truppenrückzug sieht man Kinder auf der Straße mit scharfen Militärpatronen spielen. Hüte Euch! Wenn während der feindlichen Befassung durch die Straßenpatronen derartiges bemerkt wird, so ist das mindlich, was den Eltern der Kinder blüht. Durchsuchung der Wohnhäuser, aller Winkel, Gassen, Straßen und Schränke nach den zu den Munition gehörenden, verunreinigten übergebenen Gewehren, auf deren Patrone die Patrone liegen!

Ab die Wäschchen unserer Brauerknechte haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge der
